



Der Hügel

Verkehrsentwicklungsplan vorgelegt

Verwaltung hat aus Fehlern nichts gelernt

Im Frühjahr ist er endlich vorgelegt worden, der Verkehrsentwicklungsplan für die Stadt Bonn. In ihm hat die Verwaltung dargelegt, wie sie sich den Ausbau von Verkehrswegen in dieser Stadt für die Zukunft vorstellt. Er macht Aussagen darüber, wie die verschiedenen Verkehrsmöglichkeiten, mit denen der Bürger sich bewegen kann, in der Zukunft zu entwickeln sind.

Sieht man sich das umfangreiche Werk der Verwaltung an, so kommt man zu dem Schluß, daß die Verfasser aus den Erfahrungen, die sich aus der bisherigen Verkehrsplanung in Bonn und anderswo ziehen ließen, rein gar nichts gelernt haben.

NICHTS NEUES ZU FINDEN

Der vorgelegte Entwurf ist wieder nichts anderes als der Versuch einer Begründung für den weiteren vielspurigen Ausbau des Bonner Straßennetzes. Der öffentliche Nahverkehr, bisher schon Stiefkind der Bonner Verkehrsplanung, wird hier endgültig zur Restgröße degradiert.

Der Vorrang für das Auto mit allen seinen negativen Begleiterscheinungen (Lärm, Abgase, Energieverbrauch) wird festgeschrieben. Es finden sich kaum Aussagen über anders geartete Verkehrsbedürfnisse und vor allem deren Realisierung. Die Notwendigkeit einer Verkehrsreduzierung wird nicht erkannt oder zumindest nicht ernstgenommen.



Hinzu kommt, daß die Basis der Daten, auf denen der ganze Plan beruht, hoffnungslos veraltet ist. Sie stammt aus dem Jahre 1974, einem Jahr, in dem die Notwendigkeit der Energieeinsparung noch nicht im allgemeinen Bewußtsein verankert war.

Das notwendige Maß des Straßenausbau (nach Meinung der Verwaltung) wird an der Belastung in Spitzenzeiten des Verkehrs ausgerichtet.

VERKEHRSPANUNG - ABER WIE?

Wie sollte eine Verkehrsplanung aber aussehen, die nicht eine autogerechte, sondern eine menschengerechte Stadt anstrebt? Welche Vorstellungen hat die SPD?

Einige grundsätzliche Aussagen sollen zunächst die Richtung weisen.

Wir haben aus den letzten Jahren gelernt, daß Verkehrsprobleme durch den Bau neuer Straßen kaum gelöst werden. Jede neue Straße schafft neue Umweltbelastungen.

Wir wollen die Stadt als Lebensraum für den Bürger zurückgewinnen. Dazu gehören Rad- und Fußwege und konsequente Verkehrsberuhigung.

ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR

Wir fordern weiterhin den Vorrang für den öffentlichen Nahverkehr. Dem Benutzer von Bahn und Bus müssen überzeugende Vorteile geboten werden - auch im Preis.

Dabei geht es nicht um Abschaffung oder Verteufelung des Autos. Das Auto ist ein Verkehrsmittel unter anderen. Unseren Städten droht aber der "Verkehrsinfarkt", wenn man weiterhin als Autofahrer schneller und bequemer vorwärts kommt und dies für den einzelnen auch noch billiger zu sein scheint.

Wie sollte eine Verkehrsentwicklungsplanung diesen Forderungen gerecht werden?

Der schienengebundene Nahverkehr ist in unserer Stadt weiter auszubauen. Damit ist jedoch nicht der weitere Ausbau des U-Bahnnetzes gemeint. Hier muß endlich Schluß gemacht werden. Von den Baukosten braucht die Stadt zwar nur einen verschwindend kleinen Teil zu zahlen, aber die Folgekosten, die erheblich über denen anderer Systeme liegen, gehen voll zu Lasten der Stadtkasse.

Aus diesem Grund darf es auch nicht zur Tieferlegung der Straßenbahnen 1 und 2 kommen (abgesehen von der Gefahr für die Poppelsdorfer Allee).

Der S-Bahn-ähnliche Verkehr auf der Bundesbahnstrecke Bonn - Euskirchen muß aufrechterhalten werden. Hier sollten, wie schon lange von uns gefordert,

zusätzliche Haltepunkte eingerichtet werden, etwa auf dem Hügel. Auf den Fahrplan dieser Züge müßten die Busse abgestimmt werden, um zügige Übergänge zu ermöglichen.

Die Fahrt der Busse selbst ist zu beschleunigen, indem ihnen Bussonderspuren zugewiesen werden und Ampeln mit Vorrang für den öffentlichen Nahverkehr geschaltet werden. Mancher Autofahrer wird sich überlegen, ob er nicht lieber auf den Bus umsteigt, wenn er damit weniger lang in Staus steht als mit seinem PKW.

KEINE ÜBERFLÜSSIGEN STRASSEN

Die SPD ist gegen den Bau von weiteren überflüssigen Straßenbauten. Sie lehnt den Reutertunnel ab. An seiner Stelle sollte ein Tunnel durch den Venusberg den Verkehr ins Regierungsviertel aufnehmen und die Reuterstraße von der Autobahn abgehängt werden. Die Anwohner dieser Gegend würden damit endlich entlastet.

Eine vorgesehene Querung der Bundesbahn in Verlängerung der Endericher Straße zum Alten Friedhof muß unter allen Umständen verhindert werden. Eine solche Verbindung würde eine vierspurige Straßenverbindung zwischen Sieburg und Euskirchen mitten durch Bonn bedeuten.



RAD- UND FUSSWEGE

Mit den so oft angekündigten Plänen für ein Rad- und Fußwegenetz muß endlich ernst gemacht werden. Das darf aber nicht dazu führen, daß der Radfahrer seine Ziele nur auf Umwegen erreichen kann. Das Anlegen von Radwegen darf wiederum nicht auf Kosten des Fußgängers gehen. Für den Bereich des Hügels steht hier an erster Stelle der von uns schon lange geforderte Radweg entlang der Straße "Auf dem Hügel",

der durch Verengung der viel zu breiten Straße zu bauen wäre.

Ein weiteres wichtiges Feld ist die Verkehrsberuhigung. Sie darf sich nicht auf den Ausbau von Fußgängerzonen in der Innenstadt und einige Vorzeigestraßen beschränken. Sie ist in der Planung so großflächig anzulegen, daß nicht die Probleme einer Straße einfach auf eine andere verschoben werden. Eine effektive Verkehrsberuhigung läßt sich aber nur erreichen, wenn es gelingt, den Verkehr insgesamt zu reduzieren, d.h., den Bürger dazu zu bewegen, vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen.

Von Maßnahmen der Verkehrsberuhigung sind die Bürger direkt betroffen. Deshalb ist es unerlässlich, solche Planungen nicht an ihm vorbei zu betreiben. Schon im Anfangsstadium solcher Planungen sind die Bürger daher über die Maßnahmen zu informieren und an ihrer Ausgestaltung zu beteiligen.

BEISPIELE IM AUSLAND

Die Verwaltung sollte bei ihrer Verkehrsplanung auch einmal über unsere Stadtgrenzen hinausschauen und sich Erfahrungen anderer Städte zunutzmachen.

Es gibt viele Beispiele, auch im Ausland, von denen man lernen könnte. So wäre als ein Beispiel die italienische Stadt Bologna zu nennen. Sie ist wesentlich größer als Bonn, stark industrialisiert und hat eine Altstadt, die nicht autogerecht hergerichtet werden kann, weil sie unter Denkmalschutz steht. Trotzdem hat man hier die Verkehrsprobleme viel besser gelöst als in Bonn.

Der öffentliche Nahverkehr hat dort eine viel größere Bedeutung als in Bonn. Das kommt nicht zuletzt daher, daß er viel attraktiver ist. Die Busse kommen alle paar Minuten, so daß man nicht lange warten muß. Durch zahlreiche Bussonderspuren ist man sehr schnell an seinem Fahrtziel und braucht zudem auch nicht sehr viel dafür zu bezahlen.

Es geht also auch anders! Ob die Bonner Verkehrsplaner noch lernfähig sind. Im Interesse unserer Stadt wollen wir es hoffen!

Ein Volk kämpft um sein Recht

"In El Salvador wird staatlich organisierter Terror gegen einen Teil der Bevölkerung praktiziert". Außerdem werde von den offiziellen Sicherheitskräften im Land ein gezielter und systematischer Bruch der Menschenrechte betrieben.

Zu diesen Ergebnissen kam eine Delegation aus christdemokratischen und sozialistischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments nach ihrer jüngsten Reise in den mittelamerikanischen Staat.

Die Parlamentarier sprachen mit Vertretern der Militärjunta wie auch mit Angehörigen von Verhafteten und Verschleppten. Darüberhinaus besuchten sie politische Gefangene und eines der Flüchtlingslager in San Salvador.

Mit eigenen Augen hätten sie die Spuren von Folterungen bei politischen Gefangenen gesehen, teilte Delegationsmitglied Heidemarie Wiczorek-Zeul (SPD) mit. Sie sagte außerdem, daß die FDR/FMLN (Zusammenschluß der Opposition) zu einer politischen Lösung und zu Vermittlungsgesprächen bereit sei. Auf Druck der Militärs sei die Junta jedoch eindeutig dagegen.



Gegen jede weitere Unterstützung für die Junta in El Salvador hat sich auch die FDP-Abgeordnete Helga Schurhardt ausgesprochen, nachdem der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Hans-Jürgen Wischniewski kürzlich mitgeteilt hatte, sein Vermittlungsversuch zwischen Opposition und Regierung in El Salvador sei an der unnachgiebigen Haltung der Militärs gescheitert.

MÖGLICHKEIT DER HILFE

Die Unterstützung für die Opposition in El Salvador ist in der Bevölkerung vieler Länder Europas und Nordamerikas in der letzten Zeit stärker geworden. So ist auch in Bonn im vorigen Jahr ein Verein mit Namen "Juso-Solidaritätsfonds Dritte Welt" gegründet worden. Er sieht seine Aufgabe schwerpunktmäßig darin, über die Situation in El Salvador zu informieren und materielle Hilfe für die Opposition in diesem Lande zu leisten. Die Gelder dafür werden durch Mitgliedsbeiträge und Spenden aufgebracht.

Mitglied in diesem Verein kann jeder werden, der hier helfen will, ob er einer Partei angehört oder nicht. Die Mitglieder verpflichten sich, jeden Monat einen bestimmten Beitrag (Mitglieder mit eigenem Einkommen mindestens 5 DM, sonst 2 DM) zu zahlen.

Der Verein arbeitet sehr eng mit dem Vertreter der vereinigten Opposition El Salvadors in der Bundesrepublik zusammen. Auf seinen Vorschlag geht auch das konkrete Projekt zurück, das im Moment finanziert wird.

Die Medien in El Salvador werden von der Regierung zensiert. Deshalb hat die Opposition keine Möglichkeit, die Bevölkerung über ihre Ziele zu informieren. Da die Analphabetenquote in diesem Lande noch sehr hoch ist, ginge das auch nur über Radio. Deshalb unterhält die Opposition seit einiger Zeit illegale Radiosender. Es fehlt jedoch, insbesondere in ländlichen Gebieten, an Radiogeräten.

Deshalb finanziert der Verein den Ankauf und die Verteilung von Transistorradios an die Bevölkerung.

Der Verein hat bis jetzt 80 Mitglieder, das reicht jedoch noch lange nicht aus. Deshalb geht die Bitte an unsere Leser: Wenn Sie dem Volk von El Salvador helfen wollen, werden Sie Mitglied! Nähere Informationen erhalten sie bei der Redaktion. Auch Spenden werden dringend gebraucht

auf das Konto 305217 - 500 beim Postscheckamt Köln (Juso-Solidaritätsfonds Dritte Welt).

Hilfe für die Kinder Polens

Die wirtschaftliche Not, in der sich das polnische Volk derzeit befindet, ist wohl jedem bekannt. Es fehlt in Polen fast an allem, was zum Leben notwendig ist.

Erfreulicherweise haben bereits viele Bundesbürger mit Paketsendungen nach Polen wichtige Hilfeleistungen erbracht. Überall in unserem Lande gibt es auch organisierte Paketsendaktionen, an denen man sich beteiligen kann.

Manch einem jedoch erscheint dieser Weg der Hilfeleistung problematisch: Wie erhält man die richtigen Adressen? Erreichen die Gaben auch unversehrt und kurzfristig den Empfänger? Zudem scheuen viele die mit Paketen verbundenen Umstände und die hohen Postgebühren.

Die Bonner Sozialdemokraten rufen nun zu einer Hilfsaktion ohne diese Schwierigkeiten auf. Sie bitten um Spenden für das größte Kinderkrankenhaus Polens. Das "Denkmal-Krankenhaus" in Miedzylesie bei Warschau ist dem Gedächtnis der im letzten Krieg umgekomenen Kinder geweiht. Es wurde von Spenden aus aller Welt erbaut und wird immer noch weitgehend von Spenden unterhalten.

Viele tausend Kinder werden dort Jahr für Jahr gepflegt. Aber auch vor ihnen macht die allgemeine Not nicht halt. Hier ist internationale Hilfe sogar besonders wichtig, denn Mangelerscheinungen wegen der Lebensmittelknappheit können das Leben der Kinder bedrohen.

Auch Arzneimittel und Artikel der medizinischen Hygiene sind hier lebensnotwendig und müssen angeschafft werden.

Wir bitten deshalb unsere Leser dringend um eine Spende auf folgendes Konto:

Klaus Stöppler Kto 1148501 bei der Commerzbank in Bonn, Stichwort "Kinderkrankenhaus" (bitte bei Überweisungen angeben!).

Helfen auch Sie, der Not in Polen Einhalt zu gebieten, wo es besonders wichtig ist: bei den Kindern.

Wohnungsnot in Bonn

Seit vier Monaten, seit dem 29. April 1981, ist das Haus Kirschallee 5 in Bonn besetzt. Zu diesem Zeitpunkt entschlossen sich mehrere junge Leute, Arbeiter, Schüler und Studenten, das seit ca. acht (!) Jahren leerstehende Haus, welches der Universität Bonn gehört, instandzusetzen.

Nachdem sie bereits seit Monaten vergeblich versucht hatten, eine Wohnung zu finden, erschien ihnen dies als die letzte Möglichkeit, da sie sonst ohne ein Dach über dem Kopf auf der Straße gestanden hätten.



Dieses Haus stand jahrelang leer

Die acht Leute, die jetzt in der Kirschallee 5 wohnen, haben in den vier Monaten ihrer Instandbesetzung einiges erreicht. Die erste Etage des Hauses ist jetzt wieder bewohnbar und wird mit Wasser und Strom versorgt; an der zweiten Etage wird gearbeitet; im Erdgeschoß ist eine Teestube entstanden. Dort finden Mieterberatung durch einen Rechtsanwalt und Hausaufgabenhilfe durch Lehrer und Pädagogen statt, dort ist Platz für politische und kulturelle Veranstaltungen.

KEINE LUXUSRENOVIERUNG

Ein wichtigerer Erfolg aber ist, daß das Studentenwerk Bonn seine erste Planung zum Umbau der Kirschallee 5-9 in ein Studentenwohnheim fallengelassen hat. Geplant war folgendes: stehenlassen der Fassade, einreißen aller Wände und Decken, einziehen von neuen Wänden und Decken, Bau von einheitlich konfektionierten Zimmern ausschließlich für Studenten mit völlig neuen Wasser- und Stromanschlüssen für jedes Zimmer. Das ganze hätte dann runde 1,7 Millionen DM gekostet.

Die jetzige Planung sieht vor, Bau-substanz und Struktur der Häuser zu erhalten. Dadurch wird ein studentengemäßes Wohnen in Wohngemeinschaften ermöglicht (Kosten: 1,35 Millionen DM). Dagegen steht immer noch die von Fachleuten erstellte Gegenplanung der Instandbesetzer, die etwa 600.000 DM kosten würde.

Ein weiterer Erfolg: Die Bewohner der Häuser Kirschallee 7-9 bekamen Mietverträge für das Haus Jagdweg 24 zugesichert und werden damit bei Beginn der Umbauarbeiten nicht wohnungslos sein.

Die Forderung der Instandbesetzer nach der Möglichkeit des gemischten Wohnens von Arbeitern, Schülern und Studenten wurde nur teilweise erreicht. Zwar hat der Wohnungsbauminister des Landes Nordrhein-Westfalen die Förderung eines Projektes für gemischtes Wohnen hier in Bonn zugesagt, aber nicht in der Kirschallee 5-9 oder im Jagdweg 24.

Weiterhin unklar ist die Frage, was mit den Arbeitern und Schülern der Kirschallee 5 nach den Umbauarbeiten, die im September beginnen sollen, geschieht, da das Haus danach nur von Studenten bezogen werden soll. Werden sie dann ohne Wohnung auf der Straße stehen?

Ein schweres Problem für die Instandbesetzer sind die ca. 50 Strafanträge, die Unirektor Krümmel gegen sie gestellt hat. In einer Aktion der Polizei am 2. Mai wurden die Personalien von ca. 50 Leuten, die sich im Hause aufhielten bzw. später dazukamen, darunter auch die Rechtsanwälte der Instandbesetzer, festgestellt. Weitere 112 Selbstanzeigen und deren Nichtbeachtung durch die Staatsanwaltschaft Bonn degradieren diese Polizeiaktion zur Farce. Rektor Krümmel ist wider alle politische Vernunft weiterhin uneinsichtig und hält seine Strafanzeigen aufrecht.

DIE STADT HAT NICHTS GETAN

Die Wohnungsnot in Bonn ist groß. Viele Studenten, ältere Mitbürger, junge Familien, Ausländer und Behinderte stehen vor riesigen Problemen, wenn sie in Bonn eine Wohnung suchen. Die meisten der angebotenen Wohnungen sind für sie finanziell kaum oder gar nicht zu tragen. Was unternahmen die Stadt Bonn, die Universität oder das Studentenwerk bisher dagegen?

Ältere, renovierungsbedürftige, aber noch sehr gut zu bewohnende Häuser ließ man verkommen und verrotten, nachdem man die Mieter hinausgesetzt hatte. Nach einigen Jahren wurde dann abgerissen. Anstelle von billigen und schönen Wohnungen entstanden Geschäftshäuser und Luxusapartements, die sich kaum jemand leisten kann, oder häßliche Studentensilos. Zu den vordringlichsten Aufgaben der Stadt sollte es gehören, billigen Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Daran gemessen ist die Bilanz der Stadt Bonn verheerend. Nicht nur die Instandbesetzung der Kirschallee 5, auch die Beispiele Münsterstraße 21 und Moltkestraße 5 sind mit die Folge einer völlig falschen Wohnungspolitik der Stadt Bonn. In einer Stadt, die genügend Wohnraum für ihre Bürger schafft, sind Hausbesetzungen nicht nötig!

EIGENTUM VERPFLICHTET

Der Artikel 14 unseres Grundgesetzes, der von der Sozialpflichtigkeit des Eigentums spricht, gilt auch und gerade für Eigentum in öffentlicher Hand. Dies ist bei der Entscheidung des Rates über die Nutzung leerstehender Häuser immer zu berücksichtigen.

Ein Schritt in die richtige Richtung ist der Beschluß in der März-sitzung des Hauptausschusses des Rates,

der "Initiative gegen Wohnungsnot" ein oder mehrere Objekte zur Verfügung zu stellen, um das von dieser Initiative gewollte Modell der Selbstrenovierung zu erproben.



Junge Leute haben das Haus wieder bewohnbar gemacht

Die Bonner Sozialdemokraten fühlen sich für die von Wohnungsnot Betroffenen besonders verantwortlich. Sie haben die Stadt seit Jahren immer wieder gedrängt, hier endlich ihrer Verpflichtung nachzukommen. Nur wenig ist getan worden. Eines sollte noch klar gestellt werden: auch für Sozialdemokraten ist eine Hausbesetzung formal eine Verletzung gültigen Rechts. Wer aber darüber klagt, sollte nicht vergessen, daß bei der jetzigen Wohnungsnot über Jahre leerstehende Häuser eine Provokation sind und eine Verletzung des Rechtsempfindens der Bürger sein müssen.

Klar ist weiter: Die Entscheidung über die Nutzung leerstehender städtischer Häuser muß vom Rat getroffen werden. Dabei ist die Sozialpflichtigkeit des Eigentums besonders zu berücksichtigen. Das Gespräch mit den Betroffenen, auch mit den Hausbesetzern, soll und muß dabei gesucht werden, bevor konkrete Planungen begonnen werden. Das wurde hier nicht getan. Die Pläne für die Nutzung der Kirschallee 5-9 liegen schon lange in der Schublade der Verwaltung, die so tut, als seien sie ganz neu.

Wie ist es sonst zu erklären, daß ein Haus jahrelang leersteht, dann besetzt wird, und auf einmal sind eine Woche später schon die Handwerker da? Das trägt nicht zur Glaubwürdigkeit der politisch Verantwortlichen bei!

Endenicher felerten

Am 4. Juli dieses Jahres fand in der Endenicher Burg das 2. Endenicher Burgfest statt. Die SPD hatte im letzten Jahr zum ersten mal dazu eingeladen. Die Resonanz bei der Endenicher Bevölkerung war groß, und deshalb soll dieses Fest eine feste Einrichtung in Endenich werden.

Im letzten Jahr hatten wir Pech. Nachdem alles sehr gut begonnen hatte, öffnete am Nachmittag der Himmel seine Schleusen und schwenkte die gut gelaunten Gäste förmlich fort. Daher schauten die Veranstalter in diesem Jahr bereits am frühen Morgen besorgt zum Himmel.

Es zeigten sich zwar auch diesmal wieder viele Wolken, aber es blieb bis zum Schluß trocken.

So wurde die Veranstaltung für alle Teilnehmer zu einem vollen Erfolg. Am Nachmittag trat das Theater der Jugend mit seinem neuesten Stück auf und ertotete, nicht nur bei der Jugend, viel Applaus. Anschließend unterhielt eine französische Straßentheatergruppe die zahlreichen Gäste.

Zu essen und zu trinken gab es auch reichlich. Neben Bier und Limo, Frikadellen und Würstchen konnten sich die Besucher an ausländischen Spezialitäten laben. So boten Chilenen ein Gericht aus ihrer Heimat an, und Mitglieder des Juso-Solidaritätsfonds Dritte Welt hatten ein Nationalgericht aus El Salvador vorbereitet. Offensichtlich hat es allen geschmeckt, denn es blieb nichts übrig.

Für die Musik sorgten die "Midnight-Flyers" und eine chilenische Gruppe mit Liedern aus ihrer Heimat.

SPRECHSTUNDE
Jeden 1. Mittwoch
 im Monat 17.00-18.30
Prof. HORST EHMKE
 altes Rathaus am Markt
 in Räumen der SPD-Fraktion

Mieterschutz auch für möblierte Zimmer in Wohnheimen

Der Kündigungsschutz gilt auch für möblierte Studentenwohnräume in Studentenwohnheimen. Dies entschied das Oberlandesgericht Hamm entgegen früherer Ansichten mit der Begründung, daß nicht allein deswegen, weil sich ein möbliertes Zimmer in einem Studentenwohnheim befindet, gefolgert werden könne, daß die Vermietung nur zum vorübergehenden Gebrauch erfolgt.

Vielmehr sei es auch ein Anliegen des Gesetzgebers gewesen, für Mietverhältnisse in Wohnheimen den neuen Kündigungsschutz einzuführen. Daran ändere auch eine Klausel im Vertrag nichts, die ausdrücklich nur den vorübergehenden Gebrauch festhalte, weil darin ein Verstoß gegen das Kündigungsschutzrecht liege.

Auch für einen Studenten, der am Studienort eine Wohnung oder ein Zimmer bewohne, diene dieser Raum der Befriedigung des allgemeinen Wohnbedürfnisses. Wie für jeden anderen Mieter auch, werde dieser Raum zum Mittelpunkt seiner Lebensführung, auch wenn er noch Beziehungen zu seinem Heimatwohnsitz unterhalte.

(OLG Hamm AZ 4 ReMiet 1/80)

Unsere Straße

von Lapp - Straße

"Sorg, datt dich de Lapp nit krit!" Diese Ermahnung wurde manchem Endericher Kind, das vorhatte, abends länger außer Haus zu bleiben, von den besorgten Eltern mit auf den Weg gegeben. Sie wollten damit vor der Spukgestalt Joseph Clemens von Lapp warnen, der der Sage nach als Strafe für seinen unchristlichen Lebenswandel in Enderich als "glühender Mann" umhergehen mußte.

Das aktuelle Interview...

...erdacht von unserem Zeichner



Besonders häufig soll er auf den Feldern in der Nähe des "Flodeling" und der "Lappestrünck" gesehen worden sein. Später soll ihn ein Heisterbacher Mönch in das Siebengebirge verbannt haben, wo er noch lange mit einem bleiernen Mantel bekleidet sein Unwesen trieb.

Als Stammhaus der Familie Lapp ist die 1395 erbaute Lappenmühle bei Flammersheim anzusehen. Spätere Chronisten erwähnen die Lapps in Oberdrees und Rheinbach. Herbert Lapp, im Jahre 1603 Bürgermeister von Rheinbach, erteilte ein nicht weniger dramatisches Schicksal als seinen oben erwähnten Nachfahren: er wurde 1627 mit seiner Frau Barbara als Opfer des Hexenwahns öffentlich verbrannt.

Als eigentlicher Stammvater der Familie von Lapp ist der kurkölnische Hofrat Dr. Matthias Lapp anzusehen, der die Familie Mitte des 17. Jahrhunderts nach Bonn verpflanzte, wo er es zu so großem Reichtum und Ansehen brachte, daß er sogar in den Adelsstand gehoben wurde.

Er war es auch, der das Rittergut in Enderich erwarb und die von Lappschen Besitzungen in der Wenzelgasse begründete, deren Gebäude noch Anfang des 19. Jahrhunderts zu den schönsten und vornehmsten Häusern der Stadt Bonn gehörten.

Vier weitere Generationen lang können wir das Schicksal der Familie von Lapp verfolgen, die es verstand, ihr ohnehin schon ansehnliches Vermögen durch vorteilhafte Eheschließungen auszubauen. Als der Enkel des Matthias von Lapp, jener unglückliche Joseph Clemens, der übrigens Kanzleirektor Clemens Augusts gewesen war, 1765 starb, hinterließ er 9 Töchter, die bis auf eine durch den Starrsinn ihres Vaters unverheiratet blieben.

Diese verkauften während der französischen Besatzungszeit Anfang des 19. Jahrhunderts die meisten der von Lappschen Besitzungen und legten das Geld bei einem Kölner Bankier an, der kurz darauf bankrott ging.

Das von Lappsche Haus in der Wenzelgasse gelangte zunächst in den Besitz des Arztes Dr. Tils. Später errichtete der Bierbrauer Hittorf darin die Brauerei und Gastwirtschaft "Zum Sonnenaufgang", die 1891 abgerissen wurde.

Die Endericher Burg, die noch unter Joseph Clemens ausgebaut und verschönert worden war, wurde 1813 von dem Legationsrat von Rose erworben, der sie 1835 an Ludwig Eberhard von Hymmen weiterverkaufte.

Das schlechte Beispiel Joseph Clemens soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei den v. Lapps um eine streng kirchlich gesinnte Familie handelte. So trug der Hahn der Endericher Kirche lange Zeit das von Lappsche Wappen im Schnabel. Es waren wohl auch die frommen Mitglieder des v. Lappschen Geschlechts, die die Bonner Stadtväter im Sinn hatten, als sie eine der beiden Verbindungsstraßen zwischen "Hans-Cloos-Straße" und "Am Probsthof" nach der einst so berühmten Familie benannten.

Der Hügel

Erscheinungsweise:

Jeden zweiten Monat

Auflage: 1.400 Druck: Eigendruck

Herausgeber:

SPD-Stadtratsfraktion in Zusammenarbeit mit dem SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:

Klaus Stöppler (verantwortlich), Ute Hinrichs, Volker Klaus, Ulrich Seidenberg, Alexa Thiesmeyer, Jürgen Weber

Redaktionsanschrift:

"Der Hügel" c/o Klaus Stöppler, Euskirchener Straße 82 5300 Bonn 1
 Telefon: 622131